

Charlottenburg- Wilmersdorf geht besser.



**Das Wahlprogramm zur Wahl der
Bezirksverordnetenversammlung 2026**

FDP

**Sehnsuchtsort Charlottenburg-Wilmersdorf
Bezirkswahlprogramm 2026**



Inhaltsverzeichnis

1	Präambel.....	3
2	Die einfachen Dinge gut machen – so geht kommunale Wirtschaftsförderung.....	2
2.1	Wirtschaft braucht Raum	2
2.2	Gastronomie und Einzelhandel erblühen lassen	3
2.3	Freie Berufe und Selbstständigkeit – Rückgrat der bezirklichen Wirtschaft.....	5
2.4	Tourismus stärken	5
2.5	Charlottenburg-Wilmersdorf ist blau-weiß	6
2.6	Solide Bezirksfinanzen	6
3	Ordnung und Sauberkeit.....	6
3.1	Sauberkeit	6
3.2	Obdachlosigkeit.....	7
3.3	Ordnung im Verkehr	7
4	Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung.....	8
4.1	Wir erreichen die Neubauziele	8
4.2	Bezirkliche Flächen pflegen und nutzen	9
4.3	Stadteingang West	10
5	Raum für alle Verkehrsteilnehmer.....	10
5.1	ÖPNV und moderne Mobilität.....	11
5.2	Motorisiert unterwegs – Auto, Motorrad, LKW mitdenken	12
5.2.1	Leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen	12
5.2.2	Schluss mit Pollern	12
5.2.3	Parkplatzvernichtungsstopp.....	12
5.2.4	Lieferverkehr mitdenken	12
5.2.5	Verkehr um den Tunnel an der Schlangenbader Straße.....	13
5.3	Charlottenburg-Wilmersdorf tritt in die Pedale.....	13
5.3.1	Kantstraße in Ordnung bringen.....	14
5.3.2	Radverkehr stärken - RSV 3 in seiner jetzigen Form stoppen	14
6	Berlinweit beste Bildung	14
6.1	Das Digitalste in der Schule dürfen nicht die Pausen sein	15
6.2	Sanierungsstau auflösen, Neubau beschleunigen	15
7	Für eine bürgernahe Verwaltung	16
8	Umwelt.....	17
8.1	Parks und Grünflächen hegen und pflegen	17
8.2	Sitzbankoffensive	18
8.3	Öffentlicher Raum.....	18
9	Kultur	18
9.1	Unser kulturelles Erbe erhalten und einordnen	18
9.2	Bezirksbibliotheken.....	19
9.3	Kulturelles Angebot für alle.....	20
10	Kinder und Familien	20
10.1	Ausreichend Kita-Plätze schaffen.....	20
10.2	Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	21
10.3	Kinder schützen, Eltern unterstützen.....	21
11	Soziales und Integration	22
11.1	Niemanden allein lassen	22
11.2	Älter werden im Kiez.....	23
11.3	Integration leben.....	23

1 Präambel

Charlottenburg-Wilmersdorf ist mehr als ein Wohn- oder Verwaltungsbezirk. Es ist ein Ort mit Geschichte, mit gewachsenen Kiezen, mit internationaler Strahlkraft und zugleich mit alltäglicher Nähe. Ein Bezirk, in dem Menschen leben, arbeiten, gründen, Kultur erleben, Familien großziehen und alt werden. Unser Anspruch ist es, diesen Bezirk nicht nur zu verwalten, sondern ihn zu einem Sehnsuchtsort zu entwickeln – für die Menschen, die hier leben, und für jene, die ihn besuchen oder als neuen Lebensmittelpunkt entdecken wollen.

Ein Sehnsuchtsort entsteht dort, wo Freiheit und Verantwortung zusammenkommen: wo wirtschaftliche Dynamik nicht behindert, sondern ermöglicht wird; wo öffentlicher Raum gepflegt, sicher und lebendig ist; wo Mobilität funktioniert, Bildung exzellent ist und Verwaltung als Dienstleister verstanden wird. Charlottenburg-Wilmersdorf soll ein Bezirk sein, in dem die einfachen Dinge gut funktionieren – und gerade dadurch Lebensqualität, Vertrauen und Zukunftsperspektiven wachsen.

Wir Freie Demokraten glauben an die Kraft der Vielfalt dieses Bezirks: an lebendige Einkaufsstrassen, starke Unternehmen, attraktive Grünflächen, kulturelle Leuchttürme und funktionierende Kieze. Statt ideologischer Experimente setzen wir auf Pragmatismus, Maß und Machbarkeit. Statt Verboten auf Vertrauen, statt Stillstand auf Fortschritt. Unser Ziel ist ein Bezirk, der Chancen eröffnet, Freiräume schafft und den Menschen das Gefühl gibt: Hier bin ich gern. Hier bleibe ich. Hier komme ich an.

Dieses Bezirkswahlprogramm ist unser Angebot, Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam zu einem Sehnsuchtsort zu machen – modern, lebenswert, weltoffen und liberal.

2 Die einfachen Dinge gut machen – so geht kommunale Wirtschaftsförderung

Die Potentiale von Charlottenburg-Wilmersdorf sind enorm. Der Bezirk ist ein Anlaufpunkt für Menschen aus der ganzen Welt und bietet seinen Bewohnerinnen und Bewohnern eine hohe Lebensqualität. Er verfügt über bedeutende etablierte Unternehmen, hochqualifizierte wissenschaftliche Einrichtungen, eine dynamische und innovative Gründerszene und vielfältige und lebendige Kieze. Diese Potentiale müssen genutzt werden. Dabei geht es nicht darum, dass der Bezirk den Menschen vorgibt, womit sie ihr Geld verdienen. Vielmehr muss der Bezirk alles dafür tun, dass er Schaffenskraft, Kreativität und Unternehmertum nicht im Wege steht.

2.1 Wirtschaft braucht Raum

Ob Selbstständige, Dienstleister, Handel, Gastgewerbe, Handwerk oder Industrie: Wir Freie Demokraten verteidigen die Vielfalt an Unternehmen, die in unserem Bezirk wirken. Sie machen Charlottenburg-Wilmersdorf stark, brauchen aber auch eine Politik, die ihre Belange ernst nimmt, ihre Leistung und Kreativität wertschätzt, mit Nachdruck fördert und nicht mit bürokratischem Klein-Klein hemmt.

Wir setzen daher darauf, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen zusammen zu denken und eine gemeinsame Flächennutzung zu ermöglichen. Wir wollen dazu im Planungs- und Baurecht liberal agieren. Zwar sollen große Linien der Stadtentwicklung vorgegeben sein, nichtsdestotrotz ist in urbanen Zentren wie Charlottenburg-Wilmersdorf die Nutzung als Wohn- oder Gewerbefläche fließend. Entsprechend wollen wir in Bebauungsplänen jenes zulassen und umsetzen, was in der Wirtschaft benötigt wird. Der Bezirk soll sich dabei als Dienstleister und nicht als Co-Unternehmer begreifen. Ideologische oder persönliche Präferenzen des Bezirksamts dürfen bei einer Genehmigung oder Bauplanung keine Rolle spielen. Darüber hinaus wollen wir die Kriterien von § 13 BauGB für das vereinfachte Verfahren eines Bebauungsplans liberal auslegen. Im Bezirksamt muss ein Geist des Möglichmachens einziehen.

Auch im Straßenverkehr muss der Bezirk zum Möglichmacher werden. In jeder Straße des Bezirks, in dem Gewerbe betrieben werden, muss der Wirtschaftsverkehr mitgedacht werden. Fehlende Lieferzonen erschweren den Wirtschaftsverkehr. Wo möglich und wirtschaftlich notwendig, sollen feste Lade- und Lieferzonen eingerichtet werden. Die bisherige Verwaltungspraxis erst auf den Antrag eines Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer Lade- und Lieferzone vor seinem Betrieb zu warten, gehört abgeschafft. Stattdessen muss der Bezirk flächendeckend analysieren, wo es Bedarf für solche Zonen gibt. Ladezonen sind in bedarfsgerechtem Maße einzurichten und gegen Fehlnutzung abzusichern. Unternehmen ist grundsätzlich mehr als eine Betriebsvignette für das Parken ihrer Mitarbeiter zu genehmigen.

Unsere Geschäftsstraßeninitiativen sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Engagements im Bezirk und sind in ihrem Einsatz kontinuierlich zu unterstützen.

2.2 Gastronomie und Einzelhandel erblühen lassen

Berlinweit setzen wir uns für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein. Insbesondere für Spätis müssen hier großzügige Regelungen gelten. Auch Spätis in Charlottenburg-Wilmersdorf muss es möglich sein, wie in anderen Bezirken der Stadt, sogenannte Schankvorgärten zu beantragen, um Außengastronomie möglich zu machen.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist traditionell der Bezirk mit den beliebtesten Einkaufsstraßen Berlins. Damit dies so bleibt, werden wir diese noch attraktiver gestalten. Der Bezirk muss begreifen, dass sich Fußgängerzonen im Wettbewerb mit dem Onlinehandel nur behaupten können, wenn sie ein Erlebnis bilden, das mehr ist als bloßer Konsum. Dazu gehören mehr Bepflanzung, zusätzliche Bänke und neue Trinkbrunnen. Leerstand wollen wir durch die Ansiedlung von bezirklichen oder künstlerischen Angeboten eindämmen. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung muss begreifen, dass auch die gezielte Ansprache von Eigentümern von Gewerbeimmobilien Teil ihrer Aufgabe ist. Hier muss es das Ziel sein, gemeinsam zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu evaluieren, wie der Bezirk darauf einwirken kann, dass ein Leerstand zeitnah beendet werden kann. Dazu gehört auch eine Kultur der Genehmigungspraxis, die von Offenheit geprägt ist und Neuerungen und Umbruch positiv gegenübersteht, beispielsweise bei Nutzungsveränderungen. Insbesondere die Wilmersdorfer Straße bedarf dringend einer solchen Aufwertung. Sie kann und muss als Modellprojekt für die zukünftige Gestaltung von Einkaufsstraßen genutzt werden. Die halbherzige Erweiterung der Fußgängerzone zwi-

schen U-Bahnhof Bismarckstraße und Schillerstraße ist ein Beispiel von ideologisch motivierter Politik, die keinen Mehrwert schafft und die bestehenden Probleme, beispielsweise der Fußgängerquerung im Bereich Schillerstraße unberücksichtigt lässt. Hier muss in einem partizipativen Verfahren geprüft werden, ob die Schillerstraße im Kreuzungsbereich Wilmsdorfer Straße dauerhaft für den Autoverkehr gesperrt wird, indem zwei Wendehammer eingerichtet werden.

Neue Fußgängerzonen, beispielsweise die Umwandlung zweier Fahrspuren entlang der Tauentzienstraße zwischen Wittenbergplatz und Joachimsthaler Straße in Fußgängerbereiche, können ein Mittel sein, das Einkaufserlebnis zu verbessern. Voraussetzung für deren Einrichtung ist jedoch, dass die Erreichbarkeit mit ÖPNV, Rad und Auto weiter gesichert ist, beispielsweise durch die partielle Offenhaltung der Straße für den Busverkehr, die Gewerbetreibenden bereits bei der Planung eng eingebunden werden und die Pläne mehrheitlich unterstützen. Ein Verkehrsexperiment auf dem Rücken der Anrainer wie in der Friedrichstraße lehnen wir ab.

Wir wollen die Gewerbetreibenden durch weniger kleinliche Vorgaben bezüglich der Aufstellung von Tischen, Schankgärten und Mobiliar im Außenbereich (Sondernutzung) unterstützen. Dazu gehört auch eine deutliche Ausweitung der bisherigen Flächen, beispielsweise der dauerhaften Zulässigkeit des Gehwegunterstreifens, unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrssituation, der Fußgängerinnen und Fußgänger und des Lärmschutzes. Die Nutzung von Heizpilzen und anderen Heizmöglichkeiten soll wieder erlaubt und die Genehmigungspflicht aufgehoben werden. Alle Anträge müssen zudem rein digital gestellt werden können. Die Übergangsregelungen während der Covid-19 Pandemie haben gezeigt, dass Gewerbetreibende verantwortungsvoll mit dem öffentlichen Raum umgehen und sich Nutzungskonflikte nicht durch eine Liberalisierung verschärfen. Der Bezirk muss in seiner Genehmigungspraxis anerkennen, dass unsere Straßen und Stadtplätze aufgrund ihrer historisch gewachsenen Struktur nicht überall gleich sind, weshalb Ermessensentscheidungen der richtige Weg sind, die jeweilige Situation vor Ort passgenau zu gestalten.

Die Wochenmärkte in Charlottenburg-Wilmersdorf werden wir weiter unterstützen. Dort, wo die Wochenmärkte funktionieren, sind sie ein wichtiger Begegnungsort. Dies gilt es zu erhalten und zu stärken. Gleichzeitig wollen wir aber prüfen, ob alle bisherigen Standorte sinnvoll sind und wie die Angebote noch besser ausgebaut werden können, beispielsweise durch mehr Märkte in den Abendstunden und die bessere Einbindung des Einzelhandels vor Ort. Auch bei unseren Wochenmärkten muss geprüft werden, ob wir sie durch eine stärkere Liberalisierung attraktiver gestalten können, beispielsweise indem auch der Ausschank von alkoholischen Getränken erlaubt wird.

Der Weinbrunnen ist ein identitätsstiftender Treffpunkt für den Bezirk und Ausdruck lebendiger Stadtkultur. Eine Weiterentwicklung darf nicht gegen die Winzer und Anrainer, sondern nur im Dialog mit ihnen erfolgen. Lärmschutz ist wichtig, darf jedoch nicht in voreilendem Gehorsam zu immer neuen, pauschalen Restriktionen führen, solange keine belastbaren Überschreitungen vorliegen. Wir fordern daher den konsequenten Einsatz objektiver Messinstrumente wie der Lärmampel, um auf Grundlage realer Daten und nicht bloßer Vermutungen zu ent-

scheiden. Ideen des Bezirksamts, das Engagement der Winzer in ein allgemeines „Partnerschaftsfest“ mit dem Rheingau umzuwandeln, sehen wir kritisch, wenn dies faktisch auf eine Verdrängung der gewachsenen Struktur und der bisherigen Akteure hinausläuft. Ziel muss der Erhalt und die qualitätsvolle Fortentwicklung des Weinbrunnens als traditionsreicher, wirtschaftlich tragfähiger und stadtgesellschaftlich akzeptierter Ort sein.

Die Weihnachtsmärkte in Charlottenburg-Wilmersdorf sind wichtige Wirtschafts- und Begegnungsorte und prägen das Image des Bezirks in der Adventszeit. Wir wollen sie qualitativ weiterentwickeln, ohne ihren gewachsenen Charakter zu zerstören. Dazu gehören eine verlässliche Planungssicherheit für Betreiber, eine einheitliche und verhältnismäßige Genehmigungspraxis, bessere Beleuchtungs- und Sicherheitskonzepte sowie eine stärkere Einbindung lokaler Händler, Gastronomiebetriebe und Vereine. Der Bezirk soll sich nicht als Reglementierer, sondern als Ermöglicher verstehen.

Neben Kurfürstendamm und Wilmersdorfer Straße verdienen auch die kleineren Kiez-Einkaufsstraßen gezielte Unterstützung. Sie sind Rückgrat der wohnortnahen Versorgung und prägen die Identität der Quartiere. Wir setzen uns für bezirkliche Standortkonzepte, ein aktives Leerstandsmanagement, flexible Nutzungsänderungen, temporäre Pop-up-Formate sowie eine aufenthaltsfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums ein. Genehmigungsverfahren für Außengastronomie, Warenpräsentation und Veranstaltungen müssen vereinfacht und beschleunigt werden.

2.3 Freie Berufe und Selbstständigkeit – Rückgrat der bezirklichen Wirtschaft

Freie Berufe, Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der wirtschaftlichen Vielfalt in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie stehen für Eigenverantwortung, Innovation und Flexibilität und prägen den Bezirk ebenso wie große Unternehmen und etablierte Betriebe. Ob in Praxen, Büros, Ateliers, Kanzleien oder im digitalen Raum: ihre Arbeit schafft Wertschöpfung, Arbeitsplätze und lebendige Kieze.

Wir Freie Demokraten wollen, dass der Bezirk Selbstständigen und Freiberuflern nicht im Wege steht, sondern ihnen das Arbeiten erleichtert. Dazu gehört vor allem eine Verwaltung, die serviceorientiert, pragmatisch und lösungsorientiert handelt. Genehmigungen, Anmeldungen und Sondernutzungen müssen schnell, transparent und vollständig digital möglich sein. Lange Bearbeitungszeiten, unklare Zuständigkeiten und kleinteilige Auflagen hemmen Unternehmertegeist und sind konsequent abzubauen.

Gerade kleine Betriebe und Solo-Selbstständige sind auf bezahlbare und flexible Arbeits- und Gewerberäume angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, gemischte Nutzungen von Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und Nutzungsänderungen unbürokratisch zu genehmigen. Der Bezirk soll sich als Ermöglicher verstehen und wirtschaftliche Aktivität nicht durch ideologische Vorgaben oder übermäßige Regulierung einschränken.

Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir fairen Zugang für kleine Unternehmen und freie Berufe sicherstellen. Transparente Verfahren und verhältnismäßige Anforderungen

stärken den Mittelstand vor Ort. Wer Verantwortung übernimmt und den Schritt in die Selbstständigkeit wagt, verdient Vertrauen, Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Dafür steht die FDP Charlottenburg-Wilmersdorf.

2.4 Tourismus stärken

Touristen aus dem In- und Ausland nutzen die zahlreichen touristischen Attraktionen im Bezirk. Von kulturellen Einrichtungen wie den unterschiedlichen Museen, historischen Ausstellungsorten, Theatern und Opernhäusern, über den Zoo und den Grunewald bis hin zu Einkaufsstraßen wie dem Kurfürstendamm findet jeder etwas, das ihn in den Bezirk lockt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss aber kontinuierlich an der Steigerung der Anziehungskraft gearbeitet werden. Dauerbaustellen, martialische Sicherheitsarchitektur rund um den Breitscheidplatz, Vermüllung und fehlende Grünflächenpflege sind kein angemessenes Aushängeschild. Auch kostenfreies WLAN ist insbesondere für außereuropäische Touristen ein Standortvorteil. Das touristische Wegeleitsystem in Form von Stelen muss auch auf kommerzielle Anbieter touristischer Attraktionen erweitert werden. Wir unterstützen ausdrücklich die beliebte Weihnachtsbeleuchtung vom Wittenbergplatz bis zum Halensee und erwarten hier auch vonseiten des Bezirks ein starkes Engagement bei der Finanzierung.

2.5 Charlottenburg-Wilmersdorf ist blau-weiß

Der Bezirk muss sich als Unterstützer des größten ansässigen Fußballclubs begreifen. Mit seinem sozialen Engagement und der über Landesgrenzen reichenden Jugendarbeit, liefert Hertha BSC einen essentiellen Beitrag als Repräsentant des Bezirks. Zudem ist der Verein ein nicht unerheblicher Wirtschaftsfaktor. Hertha BSC soll in seinem Bestreben nach einem neuen, eigenfinanzierten Stadion unterstützt werden.

Der verstorbene Präsident Kay Bernstein hat sich nachhaltig für eine Neuausrichtung und eine damit verbundene positive Wahrnehmung von Hertha verdient gemacht. Wir wollen daher in enger Abstimmung mit dem Verein und Faninitiativen eine Umbenennung der Trakehner Allee zur Kay-Bernstein-Allee unterstützen.

2.6 Solide Bezirksfinanzen

Wir Freien Demokraten stehen für einen sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Jeder eingenommene Euro kann nur einmal wieder ausgegeben werden. Das gilt auch für den Bezirkshaushalt. Es ist eine Neufokussierung der Ausgaben notwendig. Statt dringend notwendiger Investitionen in Schulen, Grünflächen und die digitale Verwaltung werden Steuergelder allzu häufig für ideologisch motivierte Projekte genutzt. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, die vorhandenen finanziellen Mittel endlich wieder zur Problemlösung heranzuziehen.

Mittel des Landes und des Bundes, die zur Sanierung von Straßen, Rad- und Gehwegen eingesetzt werden können, sind in den letzten Jahren im Bezirk regelmäßig nicht genutzt worden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Entwicklung ein Ende findet.

Bezirkseigene Immobilien müssen wirtschaftlich bewirtschaftet werden. Mieteinnahmen sind schrittweise an die ortsüblichen Vergleichsmieten heranzuführen, um dauerhafte strukturelle

Defizite zu reduzieren. Haushaltslücken sind systematisch zu identifizieren, statt sie durch immer neue Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zu kaschieren. Diese darf nicht zum verkappten Haushaltsinstrument werden, sondern muss sich an verkehrlichen Zielen orientieren. Teure externe Gutachten für Kiez-, Milieu- oder Entwicklungskonzepte binden erhebliche Mittel und sind auf das notwendige Maß zu begrenzen; fachlich geeignete Leistungen sollen stärker innerhalb der Verwaltung erbracht werden. Ziel ist ein klar priorisierter Haushalt mit Fokus auf Pflichtaufgaben, Infrastruktur, Bildung und Sicherheit.

3 Ordnung und Sauberkeit

Zu einem funktionierenden Bezirk gehören die Einhaltung von Recht und Ordnung und die Gewährleistung von Sicherheit. Wir wollen, dass das Ordnungsamt wieder alle seine Kernaufgaben gut erledigen kann und für die Bürgerinnen und Bürger positiv sichtbar ist. Mit einem Ausbau der Ordnungsamt-Online-App wollen wir es künftig noch leichter machen, Probleme mitzuteilen, eine schnelle Rückmeldung zu bekommen und vor allem Lösungen zu erhalten. Altkleidercontainer sollen nur noch an öffentlich zugänglichen und beaufsichtigten Orten aufgestellt werden.

3.1 Sauberkeit

Berlin ist eine lebendige Großstadt mit vielen Freiräumen. Dies kann aber nicht bedeuten, dass der Bezirk einer Verwahrlosung durch Vandalismus und Vermüllung tatenlos zusieht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die illegale Entsorgung von Müll und die mutwillige Zerstörung von Eigentum, insbesondere durch illegale Graffiti, künftig entschieden verfolgt werden und eine schnellere Reinigung erfolgt. Dies soll für das Handeln und die Ausstattung des Ordnungsamts eine deutlich höhere Priorität erhalten. Statt einer immer größeren Ausweitung des Personalstocks bei der Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung ist die Befähigung des Ordnungsamts zur Sicherstellung von Sauberkeit für uns Freie Demokraten besonders wichtig.

3.2 Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist eine soziale Herausforderung, die wir weder ignorieren noch verdrängen dürfen. Unser Ansatz verbindet Hilfe mit Klarheit: Wir setzen auf regelmäßige, niedrigschwellige Angebote, die Menschen ohne festen Wohnsitz verlässlich erreichen und Perspektiven eröffnen. Dabei ist für uns ein enger, strukturierter Austausch mit der Obdachlosenhilfe unverzichtbar, um Maßnahmen wirksam zu koordinieren und passgenau auszurichten. Zugleich braucht es Konsequenz dort, wo staatliche Regeln missachtet werden: Ausländische Obdachlose ohne Aufenthaltsrecht müssen in letzter Konsequenz in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, begleitet von einer geordneten Abstimmung mit den zuständigen Stellen. Um den öffentlichen Raum für alle nutzbar zu halten und Gefahren zu minimieren, treten wir außerdem für eine konsequentere Räumung illegaler Lager ein, verbunden mit klaren Hilfsangeboten als Alternative. Hilfe und Ordnung gehören für uns zusammen.

3.3 Ordnung im Verkehr

Viele Konfliktsituationen sind in den vergangenen Jahren im Verkehrsbereich entstanden. Fehlender Parkraum für Autos und eine schlecht ausgebaute Infrastruktur für Radfahrer sorgen für immer mehr Probleme. Neben dem dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur muss es auch ein entschiedeneres Vorgehen gegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr geben. Dies umfasst sowohl Radfahrer als auch Autofahrer. Nur durch Konsequenz kann Fehlverhalten nachhaltig abgestellt und ein respektvolles Miteinander erreicht werden. Das Ordnungsamt muss Schwerpunktstreifen für die Kontrolle von Falschparkern, die in der zweiten Reihe, an Straßenecken, auf Fußgängerüberwegen und auf Radwegen stehen, einrichten. Das Abschleppen von Falschparkern, die eine potenzielle Gefahr für andere darstellen, muss konsequent erfolgen. Radfahrer, die die Ampeln ignorieren und Fußwege nutzen, gefährden sich und andere. Die Fahrradstreifen des Ordnungsamtes und der Polizei müssen personell verstärkt werden, damit effektive Kontrollen und Ahndungen solcher Verstöße möglich sind. Zur Überwachung des Parkraums sollen Scan-Fahrzeuge eingesetzt werden, um die personellen Ressourcen des Ordnungsamtes zu schonen und dadurch Zeit für andere Ordnungsaufgaben geschaffen werden.

Schwerpunktkontrollen besonders relevanter Vergehen sind jedoch nur dann möglich, wenn nicht permanent neue Aufgaben für das Ordnungsamt geschaffen werden, ohne dass die bisherigen durchführbar sind. Als Freie Demokraten sind wir davon überzeugt, dass nicht immer neue Dinge geregelt werden müssen, die keiner staatlichen Vorgabe bedürfen. Es braucht keine Regelung dafür, zwischen welchen Bäumen bei einem Straßenfest ein Stand zum Lebensmittelverkauf aufgestellt wird und wo Kunsthandwerk angeboten werden darf.

4 Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung

In Charlottenburg-Wilmersdorf finden alle ihren Raum: Familien und Alleinstehende, junge und alte Menschen, Selbstständige, Startups und etablierte Unternehmen. Damit dies auch weiterhin möglich ist gilt es, die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Stadtentwicklungspolitik muss dafür die Voraussetzungen schaffen. Dabei gilt: so viel Gestaltungsfreiraum wie möglich, so wenig Regeln wie nötig.

4.1 Wir erreichen die Neubauziele

Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Als attraktiver Innenstadtbezirk gilt das für Charlottenburg-Wilmersdorf im besonderen Maße. Immer mehr Menschen zieht es zum Leben und Arbeiten in den Bezirk. Gebaut wird allerdings viel zu wenig. Das Bezirksamt und der Senat verhindern und blockieren systematisch den Neubau von Wohnungen. Stattdessen wird mit immer neuen Regulierungen der Neubau teurer und unattraktiver gemacht. Milieuschutzgebiete, unnötige Zweckentfremdungsverbote und den bezirklichen Vorkauf von Immobilien lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten wissen hingegen: Jede neu geschaffene Wohnung entlastet den

Wohnungsmarkt und ist damit ein Schritt, das Leben in unserem Bezirk bezahlbarer zu machen. Dafür muss das Bauen schneller, leichter und preiswerter möglich sein. Um das zu erreichen, werden wir die vielen Chancen für den Aus- und Neubau von Wohnungen nutzen, die es im Bezirk gibt.

Als Kern einer Bauoffensive werden wir ein bezirkliches Bündnis für den Wohnungsbau ins Leben rufen. So sollen in den nächsten Jahren 20 Prozent mehr neue Wohnungen als bisher ermöglicht werden. Die Verwaltung soll sich dazu verpflichten, Anträge schnell und wohlwollend zu bearbeiten. Die Bauherren übernehmen im Gegenzug Verantwortung in der Entwicklung der Kieze und schaffen Wohnraum für alle Segmente: Von der Sozial- bis zur Eigentumswohnung. Wir unterstützen, dass dabei eine ausgewogene soziale Mischung gewährleistet bleibt. Städtebauliche Verträge als „ausgehandeltes Bauordnungsrecht durch die Hintertür“ wollen wir abschaffen. Verbindliche Bauleitplanungen und das Bauordnungsrecht schaffen die notwendige Verlässlichkeit für Investorinnen und Investoren. Als weitere Maßnahmen einer Neubauoffensive setzen wir darauf, Baulücken systematisch zu erfassen (Baulückenkataster) und sinnvoll zu schließen, die Traufhöhe um mindestens ein Geschoss zu erhöhen, Genehmigungen durch mehr Personal und eine bessere technische Ausstattung deutlich zu beschleunigen sowie den Dachgeschossausbau zu erleichtern. Durch das Aufstocken von Supermärkten können bis zu 1.400 weitere Wohnungen im Bezirk entstehen. Hochhäuser müssen überall dort, wo sie ins Stadtbild passen, auch gebaut werden können. Dazu gehören auch solche Orte, an denen bisher noch keine Hochhäuser stehen. Projekte, die bereits angestoßen sind, beispielsweise nördlich der Hertzallee oder auch auf dem Karstadt-Gelände entlang des Kurfürstendamms, unterstützen wir ausdrücklich. Pauschale Höhengedote und Nutzungsvorgaben, die Hemmschuh für eine dynamische Hochhausentwicklung sind, lehnen wir ab. Für uns Freie Demokraten besteht kein Zweifel daran, dass die Eigentümer von Immobilien große Freiheiten in der Nutzung und Gestaltung dieser haben. Ausschließlich spekulationsbedingter Leerstand ist hingegen kein Ausdruck der Verantwortung, die mit Eigentum einhergeht.

4.2 Bezirkliche Flächen pflegen und nutzen

Bisher ungenutzte Brachflächen bieten die Chance, neue Möglichkeiten für die Menschen im Bezirk zu schaffen. Dazu gehören Wohnraum, Gewerbe- und Erholungsflächen. Auf der Brache südöstlich des S-Bahnhofs Westkreuz könnten hunderte neue Wohnungen, verbunden mit einer Grünfläche, entstehen. Der ehemalige Güterbahnhof Grunewald muss endlich mit neuem Leben erfüllt werden. Als eines der größten Entwicklungsgebiete in unserem Bezirk fordern wir für diesen Bereich einen Ideenwettbewerb, der die Umgestaltung des Autobahndreiecks berücksichtigt und zugleich Wohnen und Arbeiten verbindet. Werden baureife Grundstücke über Jahre hinweg nicht bebaut, ist das gesetzliche Baugebot als letztes Mittel in Erwägung zu ziehen.

Der Messestandort und die Umgebung der Messe müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Das ICC ist eines der bedeutendsten Bauwerke der Nachkriegsmoderne in Europa und ein zentraler Baustein der City West. Wir unterstützen ausdrücklich ein transparentes und ergebnisoffenes Konzeptverfahren für die zukünftige Nutzung des ICC, das den denkmalge-

geschützten Bestand sichert, eine wirtschaftlich tragfähige Perspektive eröffnet und dem Standort wieder internationale Strahlkraft verleiht. Ziel muss eine kulturell, wissenschaftlich und wirtschaftlich hochwertige Nachnutzung sein, die das Messegelände ergänzt und den Bezirk insgesamt stärkt. Gleichzeitig darf sich die Entwicklung nicht auf das Gebäude allein beschränken. Das unmittelbare Umfeld der Messe und des ICC ist heute in weiten Teilen unattraktiv, sanierungsbedürftig und von Angsträumen geprägt. Die unterirdischen Fußgängertunnel, insbesondere am Messedamm und an der Masurenallee, sowie die Brücken und Passerellen müssen grundlegend instandgesetzt, besser beleuchtet, barrierefrei und sicher gestaltet werden. Wo sinnvoll, sind auch oberirdische Querungen zu prüfen, um Wegebeziehungen zu vereinfachen und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Durch eine Überbauung der Stadtautobahn zwischen dem Rathenauplatz und der Westendbrücke wollen wir die Anwohner vor Lärm schützen und Raum für Wohnungen, die Messe Berlin und Grünflächen schaffen. Es darf hier nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben. Ziel muss es sein, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Überbauung finanziell und planerisch abzusichern und einen Zeitplan der Umsetzung des Bauprojekts zu erarbeiten.

Kleingärten sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt. Wenn die Flächen jedoch für die Schaffung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur benötigt werden, muss das Bauen Vorrang haben. Wir setzen uns für Ersatzflächen außerhalb der Innenstadt ein. Die zunehmende Nachfrage nach Flächen für Urban Gardening werden wir unterstützen, beispielsweise durch Hochbeete auf Dächern. Um die vielen unansehnlichen Plätze im Bezirk attraktiver zu gestalten, wollen wir ein Sonderprogramm für öffentliche Plätze. Die Gestaltung soll sich dabei an historischen Vorbildern orientieren und gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern entwickelt werden. Fehlerhafte Planungen, bei denen bestehende Grünanlagen zerstört und durch leere Rasenflächen ersetzt werden, wie am Olivaer Platz, dürfen sich nicht wiederholen. Insbesondere auch beim Hardenbergplatz muss es endlich vorangehen. Mit einer neuen Platzgestaltung, unterirdischen Parkplätzen für Autos und Fahrräder und mehr Raum für Fußgänger und Gewerbe wollen wir den Platz zum attraktiven Eingangsort in die City West umgestalten.

Zum Schutz stark frequentierter Plätze setzen wir auf bauliche und gestalterische Maßnahmen, die sich ins Stadtbild integrieren und unsere Innenstadt nicht zu einer Festung umgestalten. Sogenannte „eingebaute Sicherheit“ mit verankerten Bänken, Kunstobjekten und Haltestellen könnte beispielsweise am Breitscheidplatz stadtverträglich Abhilfe schaffen.

Kein Bezirk hat so viele Denkmäler wie Charlottenburg-Wilmersdorf. Um diese zu pflegen, werden wir ausreichend Personal und Geld bereitstellen. Jedoch darf der Denkmalschutz nicht länger als Bauverhinderungsinstrument missbraucht werden. Bewahrung, Veränderung und Fortschritt sind für die Freien Demokraten gemeinsam möglich. Modernisierungen wie etwa automatische Türen und Fahrstühle, die auch zur Barrierefreiheit beitragen, dürfen grundsätzlich nicht mehr verhindert werden.

4.3 Stadteingang West

Der Stadteingang West ist eines der wichtigsten Aushängeschilder für Charlottenburg-Wilmersdorf und prägt den ersten Eindruck der City West für viele Berlinerinnen und Berliner ebenso wie für Gäste von außen. Gerade hier muss Stadtentwicklung zeigen, dass sie ordnend, gestaltend und ermöglichend wirkt. Mit der aktuellen Sperrung der A 100 sind die strukturellen Schwächen rund um den Stadteingang West und das Autobahndreieck Funkturm besonders deutlich geworden: Ausweichverkehre belasten die umliegenden Kieze, Staus nehmen zu und die Aufenthaltsqualität leidet spürbar. Darauf darf der Bezirk nicht kurzfristig und reaktiv antworten, sondern muss mit intelligenten, vorausschauenden Konzepten für Verkehrsführung, Lärmschutz und städtebauliche Integration reagieren, um den Standort auch in Ausnahmesituationen funktionsfähig zu halten.

Die bislang diskutierten und vorliegenden Planungen bleiben jedoch deutlich hinter den Möglichkeiten zurück, insbesondere beim Wohnungsbau. Angesichts des anhaltend hohen Drucks auf den Wohnungsmarkt ist es nicht vermittelbar, dass an einem so zentralen und infrastrukturell hervorragend angebundenen Standort zu wenige Wohnungen vorgesehen sind. Jede zusätzliche Wohnung entlastet den Markt und schafft Perspektiven für Menschen, die im Bezirk leben und arbeiten wollen. Es braucht mehr Mut zur baulichen Verdichtung, größere Flexibilität bei Höhen und Nutzungen sowie eine klare Priorität für zusätzlichen Wohnraum.

5 Raum für alle Verkehrsteilnehmer

Das Bevölkerungswachstum unseres Bezirks und sich verändernde Interessen bei der Nutzung von Verkehrsmitteln stellen die Zukunft der Mobilität vor große Herausforderungen. Der Platz auf den Straßen ist begrenzt. Umso wichtiger ist es, diesen effizient zu nutzen. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur deshalb modernisieren und Mobilität neu denken. Wir stehen hierbei für pragmatische, unideologische Lösungen, die kein Verkehrsmittel einseitig benachteiligen, sondern die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken. Denn die meisten sind nicht „nur“ Fußgänger, Fahrradfahrer, ÖPNV-Nutzer oder Autofahrer, sondern entscheiden je nach Strecke, Situation, Wetter oder Laune, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Diese Wahl wollen wir allen so einfach wie möglich machen.

5.1 ÖPNV und moderne Mobilität

Um einen fließenden Verkehr zu garantieren, ist ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) unerlässlich. Unser Ziel ist es, den ÖPNV so ansprechend zu gestalten, dass möglichst viele Menschen ihn als Option für ihre Mobilität sehen und nutzen. Er muss eine rund um die Uhr verlässliche, barrierefreie und bequeme Alternative sein.

Um die Auswahl im Bezirk noch besser zu gestalten, setzen wir uns für den Ausbau des ÖPNV-Angebots ein. Dazu gehört insbesondere der Lückenschluss bei der U-Bahn. Beginnen wollen wir Freien Demokraten mit der Verlängerung der U1 bis zum Adenauerplatz, perspektivisch bis Halensee und nach Schmargendorf. Wir setzen uns zudem für eine Verlängerung der U7 zum Flughafen BER ein. Den möglichen Ausbau der Straßenbahn im Bezirk sehen wir skeptisch. Wenn, dann soll dieser nur auf eigenen Trassen erfolgen und neue Verbindungen schaffen.

Um den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver zu gestalten, muss er schnell vorankommen. Der Bahnhof Jungfernheide wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen, wenn dort auch die Siemensbahn hält. Der Bahnhof muss daher frühzeitig zu einem überregionalen Knotenpunkt weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass der zweite Ausgang des S-Bahnhofs Grunewald an der Auerbachstraße/Douglasstraße von der Deutschen Bahn wieder geöffnet wird, um die Zugänglichkeit und Attraktivität des Bahnhofs zu erhöhen. Auch der S-Bahnhof Westkreuz muss durch seine verkehrsgünstige Lage am Autobahndreieck Funkturm als Umsteigepunkt mit einem Park & Ride-Standort gestärkt werden. Der Bahnhof sollte einen weiteren Zugang für Fußgänger in Richtung Westen erhalten, um ihn an den Halensee und das Gebiet um den Lietzensee anzubinden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Charlottenburg-Wilmersdorf ein Modellprojekt mit einem autonomen Bus gestartet wird.

Eine größere Auswahl an Sharing-Angeboten – ob Car-, E-Roller-, Bike-Sharing oder Ride Pooling – ermöglicht neue attraktive Angebote zur Fortbewegung. Durch digitale Mobilitäts-Plattformen und eine Verknüpfung mit dem ÖPNV über Umsteigepunkte werden diese Angebote attraktiver und stellen somit eine innovative Ergänzung der Mobilität dar. Um alle Bereiche des Bezirks zu erreichen, appellieren wir an die Anbieter, auch die Stadtteile außerhalb des S-Bahn-rings zu berücksichtigen. Dort sollen zumindest an den U- und S-Bahn-Stationen Sharing Angebote vorhanden sein. Die Akzeptanz neuer Verkehrsmittel wie etwa E-Scooter wollen wir durch begleitende Sicherheitskampagnen, digitale Steuerungsmaßnahmen der Anbieter und regelmäßige Kontrollen der korrekten Abstellung verbessern. Das sog. Free-Floating, die Möglichkeit, die Sharing-Angebote überall anzumieten und ordnungsgemäß wieder abzustellen, wollen wir weiter ermöglichen.

5.2 Motorisiert unterwegs – Auto, Motorrad, LKW mitdenken

Wir Freie Demokraten halten Kraftfahrzeuge auch in Zukunft für einen integralen Bestandteil des Verkehrsmixes. Der Kfz-Verkehr darf nicht aus ideologischen Gründen künstlich unattraktiver gemacht werden.

5.2.1 Leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen

PKW- und Schwerlastverkehr werden am besten von den Wohngebieten ferngehalten, wenn es leistungsfähige Hauptstraßen gibt. Eine Absenkung des Tempolimits von 50 auf 30 km/h auf Hauptstraßen lehnen wir ab. Dies betrifft auch die Einführung von Tempo-30-Zonen zum Zweck der vermeintlichen Luftreinhaltung. Das Streichen von Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen lehnen wir ebenfalls ab. Der Schlangenbader Tunnel muss zügig wieder geöffnet werden, zur Beschleunigung fordern wir eine strangseitige Sanierung. Die Tunnel am Adenauerplatz und am Bundesplatz wollen wir erhalten.

5.2.1.1 Volkspark Wilmersdorf durch Tunnelzusammenführung verbinden

Der Volkspark Wilmersdorf ist durch die Bundesallee zerteilt. Dies wollen wir ändern, ohne den Verkehrsfluss zu stören. Um dies zu tun, sollen die beiden Tunnel an der Bundesallee verbunden werden. Die oberirdische Straßenfläche könnte so dem Park zugeschlagen werden. Die Mittel, die für den Tunnelrückbau vorgesehen sind, sollen diesem Projekt zugutekommen.

5.2.2 Schluss mit Pollern

Poller, Poller und noch mehr Poller, der vermeintlich durch Parkraum ineffizient genutzte Straßenraum wird von Senat und Bezirksamt mit Pollern beglückt. So entstehen ungenutzte Asphaltinseln, welche nicht mehr als eine schmerzliche Erinnerung an die verlorene Straßenfläche darstellen. Diese teuren Ausflüge nach Büllebü wollen wir beenden, Fahrradstellplätze wollen wir im am Bedarf ausgerichteten Rahmen im Unterstreifen unterbringen. Dass nicht an den Straßenecken geparkt wird, soll durch das Ordnungsamt kontrolliert und nicht durch Poller erzwungen werden.

5.2.3 Parkplatzvernichtungsstopp

Die aktuelle Politik der Parkplatzvernichtung halten wir für gefährlich, wirtschaftsfeindlich und realitätsfern. Während die PKW-Zulassungszahlen steigen, sollen immer weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Diese Rechnung kann nicht aufgehen und führt unweigerlich zu gefährlichem Falschparken. Darum wollen wir einen Parkraumvernichtungsstopp umsetzen. Wenn in einem Kiez ein Stellplatz wegfallen soll, muss an anderer Stelle ein neuer geschaffen werden. Der Saldo der Parkplätze im Bezirk kann so nicht weiter abnehmen. Um ein weiteres Angebot von Parkraum zu erschließen, wollen wir Supermarktparkplätze außerhalb der Öffnungszeiten den Anwohnern zur Verfügung stellen und den Bau von Kiezgaragen forcieren.

5.2.4 Lieferverkehr mitdenken

Der zunehmende Lieferverkehr muss mitgedacht werden. Es müssen deshalb verstärkt Lieferzonen eingerichtet werden. Polizei und Ordnungsamt haben dafür Sorge zu tragen, dass die Lieferzonen freigehalten werden und Falschparker entsprechend umgehend abschleppen zu lassen. Parken in zweiter Reihe ist gleichzeitig Realität im Wirtschaftsverkehr. Es ist darauf zu achten, dass das Ordnungsamt bei unerheblichen Behinderungen Milde für den Lieferverkehr walten lässt. Bei erheblicher Behinderung und Gefährdung, insbesondere von Radfahrern, sollen Verstöße jedoch konsequent geahndet werden. Wann immer möglich, sollte der Lieferverkehr zudem gebündelt und optimiert werden. Bei der Organisation der Liefersysteme setzen wir auf die Kreativität von Kunden und Lieferdiensten statt auf staatlich vorgegebene Einheitslösungen.

5.2.5 Verkehr um den Tunnel an der Schlangenbader Straße

Durch die Schließung des Tunnels an der Schlangenbader Straße ergießt sich der Verkehr in die Wohngebiete Schmargendorfs und Wilmersdorfs. Die Sanierung des Tunnels ist dringend geboten. Dass die CDU-geführte Senatsverkehrsverwaltung es nicht hinbekommen hat, die Schadstoffsanierung rechtssicher auszuschreiben, ist ein Symptom der dysfunktionalen Stadt. Wir fordern, dass die Tunnelsanierung Priorität erhält. In die Verkehrsplanung in dem gesamten Gebiet muss zudem das geplante Gewerbeprojekt "GoWest" mitgedacht werden. Über 185.000 Quadratmeter Gewerbefläche mit perspektivisch 10.000 Arbeitsplätzen werden aktuell an der Mecklenburgischen Straße errichtet. Dies wird zu einem erheblich größeren Verkehrsaufkommen führen. Die Pläne für die Verkehrsführung müssen die notwendigen Kapazitäten sicherstellen.

5.3 Charlottenburg-Wilmersdorf tritt in die Pedale

Mehr und mehr Menschen steigen auf das Rad um. Um diesem Trend gerecht zu werden, die Sicherheit im Stadtverkehr zu erhöhen und das Rad damit attraktiv zu halten, muss die Radinfrastruktur ausgebaut werden – ohne den sonstigen Verkehr übermäßig zu belasten.

Für uns Freie Demokraten ist es essentiell, dass Radfahrer auf gut instand gehaltenen und ausreichend breiten Radwegen fahren können, die ein zügiges Vorankommen ermöglichen. Dabei wollen wir uns für eine Sanierungs- und Ausbauoffensive einsetzen, die auch Radwege unter 2 m Breite zulässt. So würde der Ausbau deutlich vereinfacht.

Wenn möglich, soll der Radverkehr weg von den Haupt- auf Nebenstraßen umgeleitet werden. Hierzu sollen mehr Nebenstraßen zu Radstraßen umgewidmet werden und, wo nötig, einen glatten Fahrbahnbelag erhalten. Die Radstraßen sollen durch ein entsprechendes Leitsystem gut gekennzeichnet und von unberechtigten Fahrzeugen freigehalten werden. Im Gegenzug kann auf einen gesonderten Radweg auf den parallelen Hauptstraßen verzichtet werden. Dort, wo dies nicht möglich ist, sollen Radwege direkt neben der Autospur geführt und baulich getrennt werden. Um die Umwidmung von Fahrspuren und Parkraum gering zu halten, sollen möglichst bestehende Radspuren neu in Stand gebracht werden. Die Radwege müssen eine hohe Qualität der Bauausführung und Pflege aufweisen.

Zur Gefahrenminimierung bei rechtsabbiegenden Autos und LKWs sind Spiegel oder Warnsäulen an Gefahrenstellen zu installieren. Um das Abstellen von Fahrrädern zu erleichtern, schaffen wir bedarfsgerecht Radparkplätze im Bezirk in den nächsten fünf Jahren. Dazu sollen an allen großen Umsteigebahnhöfen Fahrradparkhäuser entstehen.

5.3.1 Kantstraße in Ordnung bringen

Wie eine Verbesserung des Angebots für Radfahrer nicht erfolgen darf, hat der Pop-up-Radweg auf der Kantstraße bewiesen. Während Radfahrer mit einer Notlösung vorlieb nehmen müssen, werden Autofahrer, Rettungsdienste und Busse ausgebremst. Als Freie Demokraten setzen wir hingegen auf eine Lösung, die zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses für alle Verkehrsteilnehmer, einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität und einer Verbesserung des Parkplatzangebots führt. Durch ein Entfernen des Mittelstreifens gewinnen wir genügend Platz, um separate Auto-, Bus- und Radspuren zu schaffen. Durch eine Optimierung der Ampelschaltungen verbessern wir den Verkehrsfluss weiter. Das Parkplatzangebot wird durch ein digitales Leitsystem, eine Tiefgarage unter dem Amtsgerichtsplatz und eine Prüfung der Öffnung von unbenutzten Supermarktparkplätzen außerhalb der Ladenöffnungszeiten nachhaltig gestärkt. Für den Lieferverkehr werden zudem neue Ladezonen, vor allem in den Einmündungen der Querstraßen, geschaffen.

Die vorgeschlagene Umwandlung der Havelchaussee in eine Fahrradstraße sehen wir kritisch und unterstützen daher Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich dagegenstellen. Wir werden hingegen den Radweg entlang der Havelchaussee schnellstmöglich in einen befahrbaren Zustand bringen.

5.3.2 Radverkehr stärken - RSV 3 in seiner jetzigen Form stoppen

Die von der CDU geführte Senatsverwaltung für Verkehr plant im Grunewald eine Fahrradautobahn (RSV 3) von Halensee über den Kronprinzessinnenweg bis nach Wannsee. Dass die Radverkehrsinfrastruktur auch im Grunewald verbessert werden soll, ist grundsätzlich richtig. Die derzeit geplante Dimension des RSV 3 geht jedoch deutlich über das Erforderliche hinaus. Der geplante Ausbau würde die Erreichbarkeit für Anwohner und Besucher verschlechtern, zu erheblichem Parkplatzverlust führen und empfindlich in das Ökosystem des Grunewalds eingreifen. Die veranschlagten Kosten von rund 25 Millionen Euro wären an anderer Stelle in Berlin aus unserer Sicht sinnvoller investiert. Als FDP setzen wir uns für eine bedarfsgerechte und umweltverträgliche Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur ein – etwa durch bessere Fahrbahnbeläge, gezielte Sanierungen und klar abgegrenzte Fahrradangebotsstreifen.

6 Berlinweit beste Bildung

Bildung ist die entscheidende Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Sie ermöglicht es allen Menschen, ihr individuelles Potential zu entdecken und ist damit der Schlüssel zu persönlicher Selbstentfaltung und sozialem Aufstieg. Als Freie Demokraten stehen wir für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Die soziale Herkunft - anders als derzeit - darf nicht den Bildungserfolg bestimmen. Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen, die individuell zu fördern sind. Wir wollen gut ausgebildete Schulabgänger, sowohl mit theoretischem als auch mit praktischem Schwerpunkt. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der Vielfalt aller Schulformen ein. Grundschulen, Gymnasien und integrierte Sekundarschulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft sind uns wichtig.

6.1 Das Digitalste in der Schule dürfen nicht die Pausen sein

Die weltbeste Bildung kann nur mit einer entsprechenden modernen digitalen Infrastruktur erlangt werden. Dazu gehören neben schnellem WLAN und Breitbandanbindung auch Endgeräte für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler.

Klassenräume, Lehrerzimmer und Verwaltungsräume müssen standardmäßig so ausgestattet sein, dass nicht nur digitaler Unterricht in jedem Raum der Schule möglich ist, sondern dass alle Beschäftigten auf die für sie wichtigen technischen Medien Zugriff haben. Hierzu gehört die Ausstattung mit Beamern, Smart-Boards und Steckdosen an allen Arbeitsplätzen. Kurze Wege, moderne Arbeitsräume und intuitive Technologie sollen Standard für den Arbeits- und Lernplatz Schule sein. Da die Schulen selbst am besten wissen, was sie benötigen, sollten diese auch eigenständig darüber entscheiden können, welche Investitionen sie wann tätigen.

Damit der Einsatz im Unterricht effizient gelingt, fordern wir zudem die Erarbeitung eines schulscharfen Programms für die Nutzung digitaler Medien. So kann Unterricht noch individueller und aktueller stattfinden – egal ob im Klassenzimmer oder in virtueller Lernumgebung.

6.2 Sanierungsstau auflösen, Neubau beschleunigen

Für uns Freie Demokraten ist der einwandfreie Zustand der Schulgebäude eine Grundvoraussetzung für den Erfolg schulischer Bildung. Dichte Fenster, gute Beleuchtung und Lüftung, intakte Toiletten, großengerechte Stühle und Tische, Beseitigung von Schimmel und sichere Sporthallen sind uns selbstverständlich, aber nicht in all unseren Schulen vorzufinden. Hier muss fortlaufend investiert werden! Für die Sauberkeit in den Klassenräumen fordern wir eine nutzungsgerechte Reinigung der Schulen. Eine Rekommunalisierung der Schulreinigung wird jedoch nicht zu einer Verbesserung der Situation führen.

Unser Bezirk wächst. Es ist deshalb unser zentrales Anliegen, schon heute neue Schulstandorte zu finden und zu entwickeln. Nur durch den Neubau von Schulen schaffen wir genügend hochwertige Klassenzimmer für alle Schülerinnen und Schüler der Zukunft. Insbesondere der steigende Bedarf an ISS-Plätzen kann so gedeckt werden. Die Umwandlung von Gymnasien in ISS darf keine Lösung sein. So wird der Mangel nur verschoben. Das Wald-Gymnasium im Westend soll daher als Gymnasium bestehen bleiben.

Die fehlende Barrierefreiheit in einem viel zu großen Teil unserer Schulen ist nicht akzeptabel. Jeder Mensch muss ohne Barrieren am schulischen Leben teilhaben können. Als Freie Demokraten setzen wir uns entschieden für die notwendigen Maßnahmen ein, um endlich echte Barrierefreiheit in allen Schulen herzustellen.

Um die Sanierung und den Neubau schnell, hochwertig und kosteneffizient umzusetzen, setzen wir auf eine berlinweite Infrastruktugesellschaft, die die bisher getrennten und häufig überforderten Stellen der Bezirke beim Schulbau und der Instandhaltung ersetzt. Wir wollen, dass sich Berliner Schulen frei entfalten können. Dazu brauchen sie mehr Eigenverantwortung bei der Umsetzung von Rahmen- und Haushaltsplänen sowie die Möglichkeit, ihr Personal selbst auszuwählen. Die Schulen sollen zudem in die Möglichkeit versetzt werden, gemischte Teams aus pädagogischem Personal, Verwaltungspersonal, Sozialarbeiten sowie Psychologen bilden zu können. Auf die bezirkliche Schulaufsicht kann so zukünftig verzichtet werden.

Wir fordern zudem, dass alle Schulgelände darauf geprüft werden, ob eine Nutzungserweiterung durch Multifunktionsgebäude, z. B. durch die Angliederung von Kitas, Vereinssport, Jugendzentren oder Seniorenclubs, möglich ist.

7 Für eine bürgernahe Verwaltung

Wir Freie Demokraten verstehen die Verwaltung als moderne, leistungsfähige und serviceorientierte Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Um das zu erreichen, setzen wir auf eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Angebote. Zukünftig müssen alle Anträge auch ganzheitlich online eingereicht werden können. Die Online-Ausweisfunktion (eID) ist eine gute Grundlage, um Anträge und andere Formulare eindeutig zuordenbar einzureichen. Das spart den Menschen Lebenszeit und beschleunigt die Arbeit in den Ämtern. Medienbrüche müssen der Vergangenheit angehören!

Für die Fälle, in denen der Besuch beim Bürgeramt unausweichlich ist, wollen wir die Terminverfügbarkeit deutlich verbessern.

Die

Öffnungszeiten der Ämter müssen sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Sie sind an die Öffnungszeiten des Einzelhandels anzugleichen. Hierzu gehört auch, dass die Standesämter am Samstag geöffnet sind und so das Heiraten an diesen Tagen wieder möglich ist.

Bei der Ausstattung der Räumlichkeiten der Ämter müssen die Bedürfnisse von Eltern mit Kindern sowie von Senioren beachtet werden. Barrierefreiheit ist deshalb eine Grundvoraussetzung in allen bezirklichen Einrichtungen. Um den Gang zum Bürgeramt besser in den Alltag der Menschen zu integrieren und die Attraktivität der Amtsstuben zu erhöhen, wollen wir weitere Standorte von Bürgerämtern in den Einkaufsstraßen des Bezirks prüfen. Als weltoffener Bezirk setzen wir auf Angebote für alle Menschen, die hier leben und arbeiten. Alle Verwaltungsangebote und offiziellen Dokumente sollen auf Deutsch und auf Englisch verfügbar sein. Mit einer automatisierten Spracherkennung und -übersetzung stärken wir die Mehrsprachigkeit der Berliner Verwaltung.

Um die Nachvollziehbarkeit des Handelns von Politik und Verwaltung zu steigern, fordern wir die Veröffentlichung nicht personenbezogener Daten der Verwaltung in maschinenlesbarer Form (Open Data). Sie eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern neue Chancen auf Mitverantwortung, Partizipation und Teilhabe, indem sie fundierte Informationen und Entscheidungshilfen bietet.

Die Personalausstattung ist die größte Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der Bezirksverwaltung. Schon heute fehlen hunderte Mitarbeiter. Der Senat hat es nicht geschafft, die Situation zu verbessern. Durch die Vielzahl offener Stellen können die Ordnungsämter Kontrollen nicht durchführen, warten Bauherren auf Baugenehmigungen, bekommen Eltern teils Monate kein Elterngeld und warten alle Bürgerinnen und Bürger vergeblich auf Termine im Bürgeramt. Künstliche Intelligenz muss dort zur Unterstützung der Verwaltung zum Einsatz kommen, wo Standardvorgänge zu erledigen sind. So werden wertvolle personelle Kapazitäten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf die Fälle konzentriert, wo Abwägungs- und Entscheidungsprozesse erforderlich sind.

Der Bezirk muss sich endlich als moderner Arbeitgeber präsentieren. Der seit 2022 bestehende Fachbereich Personalgewinnung muss endlich auf der Höhe der Zeit und nicht als zusätzliche Verwaltungsebene agieren. Wir Freie Demokraten fordern einen Aktionsplan zur Personalgewinnung. Dazu gehört, die Einstellungsverfahren deutlich zu beschleunigen. Alle Stellen müssen rechtzeitig online ausgeschrieben werden. Bei Leitungspositionen muss es möglich sein, einen geregelten Wissenstransfer sicherzustellen. Dies passiert bestmöglich, indem Stelleninhaber und Nachfolger eine gewisse Zeit die Position gemeinsam innehaben. Das Bezirksamt muss in die Lage versetzt werden, angemessene Gehälter zahlen zu können. Es ist zudem erforderlich, alle bestehenden Aufgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Allzu

oft bindet der Bezirk Mitarbeiter mit Tätigkeiten, die nicht zum Kern staatlichen Handelns gehören. Wenn aber nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben erledigt werden, ist kein Platz für unnötige Kür.

8 Umwelt

In unserem Innenstadtbezirk ist der Raum für Parks und Grünflächen oft knapp bemessen. Umso bedeutender sind daher der Erhalt und die Pflege der bestehenden Flächen, die konsequente Begrünung von Straßenrändern sowie die Umsetzung kreativer Lösungen, um für mehr Umweltfreundlichkeit in der Stadt zu sorgen. So passen wir uns an den Klimawandel an, sichern Biotope und bieten den Menschen und Tieren in unserem Bezirk wichtige Erholungsorte.

8.1 Parks und Grünflächen hegen und pflegen

Die Pflege der Parks und Grünflächen im Bezirk ist für die Freien Demokraten von größter Bedeutung. Vermüllung, Vernachlässigung und Verwahrlosung haben zu lange weite Teile der bezirklichen Grünanlagen geprägt.

Hundeauslaufgebiete sind wichtig für den Freiraum von Mensch und Tier. In Charlottenburg-Wilmersdorf werden diese Freiräume jedoch immer weiter eingeschränkt. Wir werden daher prüfen, wo neue Angebote geschaffen werden können.

Derzeit gibt es im Bezirk nur drei Plätze, an denen öffentlich gegrillt werden darf. Wenn illegales Grillen auf Grünflächen effektiv verhindert werden soll, müssen legale Alternativen angeboten werden. Als Freie Demokraten setzen wir uns daher für die behutsame Schaffung weiterer öffentlicher Grillplätze ein.

8.2 Sitzbankoffensive

Die schönsten Parks nützen nichts, wenn man dort nicht angenehm verweilen kann. Insbesondere für ältere Menschen sind Sitzbänke besonders wichtig, um sich kurz zu erholen oder auch, um die Umgebung zu genießen. Wir fordern daher, dass in den bezirklichen Parks mindestens alle 50 m eine gut instandgehaltene Sitzbank befindet. Das Ordnungsamt soll für die Instandhaltung zuständig sein.

8.3 Öffentlicher Raum

Die Begrünung an Straßenrändern und Mittelstreifen zeichnet sich häufig durch eine schlechte Pflege und fehlende Attraktivität aus. Gleiches gilt für die Bäume an Straßen und in Grünanlagen. Durch eine unzureichende Pflege, ausbleibendes Gießen und fehlende Nachpflanzungen sind im Bezirk in den letzten Jahren hunderte Bäume verloren gegangen. Diese Entwicklung muss sofort gestoppt werden. Wir wollen einen engmaschigen Pflege- und Bewässerungsplan für das bestehende Stadtgrün umsetzen. Bienen- und Insektenfreundliche Anpflanzungen begrüßen wir, diese sollen aber auch dem Bürger gefallen. Wir setzen daher auf die geordnete Anpflanzung ursprünglicher und regionaler Stauden und Blühpflanzen sowie Rasen beim Stra-

ßenbegleitgrün, krautige Mittelstreifen aber lehnen wir entschieden ab. Insbesondere in Parkanlagen setzen wir auf historisch gewachsene Anordnungen von Pflanzen sowie auf deren dokumentierten Sorten, soweit sie den kommenden klimatischen Veränderungen angepasst sind.

9 Kultur

Charlottenburg-Wilmersdorf lebt von seiner Vielfalt an Kulturangeboten. Sie sind ein Aushängeschild für den Bezirk mit Strahlkraft über die Stadt hinaus. Kunstgalerien, Museen, Kinos, Theater, Literaturcafés und viele weitere Einrichtungen prägen die kulturellen Unterhaltungsangebote unseres Bezirks. Als Freie Demokraten wollen wir diese Angebotsvielfalt und unser kulturelles Erbe in Zukunft noch besser fördern, pflegen und präsentieren.

9.1 Unser kulturelles Erbe erhalten und einordnen

Gerade der Zustand der Museen und Denkmälern ist für uns Freie Demokraten von großer Bedeutung. Es müssen daher genügend Mittel und Personal zur Verfügung stehen, um diese auch für die Zukunft zu erhalten.

Nirgends sonst in Berlin gibt es so viele Denkmäler und Gedenktafeln wie in Charlottenburg-Wilmersdorf. Um deren Geschichte, Hintergründe und Bedeutung den Berlinerinnen und Berlinern, aber auch Touristen noch besser zu vermitteln, setzen wir Freie Demokraten auf mehr Informationen vor Ort und die Möglichkeiten der Digitalisierung.

Bestehende Hinweisschilder müssen in einem gut lesbaren Zustand sein und sollen, wann immer möglich, durch fremdsprachige und digitale Angebote ergänzt werden. Auf die digitalen Angebote soll per QR-Code oder App zugegriffen werden können. So können weitere Informationen, biographische Hintergründe, Analysen oder historische Einordnungen bereitgestellt werden. Für Menschen mit Sehbehinderungen sollen die Texte zudem im Audioformat bereitgestellt werden.

Bestrebungen, die Geschichte unseres Bezirks durch Straßenumbenennungen oder das Entfernen von Denkmälern und Skulpturen nachträglich zu verändern, stellen wir uns mit Nachdruck entgegen. Niemanden ist geholfen, wenn der Hohenzollerndamm seinen Namen verliert oder im Olympiapark sämtliche Spuren aus seiner Errichtungszeit getilgt werden. Als Freie Demokraten setzen wir stattdessen darauf, vor Ort Erklärungen und historische Einordnungen bereitzustellen.

Der Teufelsberg ist einer der wichtigsten historischen Orte Charlottenburg-Wilmersdorfs. In den letzten Jahren hat sich vor Ort zudem eine wichtige kulturelle Nutzung etabliert, die insbesondere Streetart-Künstlern Raum gibt und als zusätzlicher Anziehungspunkt dient. Gemeinsam mit den Inhabern des Grundstücks wollen wir das bisherige Angebot partnerschaftlich weiterentwickeln. So soll der Kulturstandort ausgebaut, der bauliche Zustand der Anlagen verbessert und die Erinnerungsstätte für die Öffentlichkeit langfristig gesichert werden.

9.2 Bezirksbibliotheken

Die Bezirksbibliotheken sind als öffentlich verfügbare Denk- und Lernräume ein essentieller Baustein, um das Ziel der Freien Demokraten von weltbesten Bildung zu ermöglichen. Als sozialer Ort bewahren sie Medien nicht nur auf, sie machen sie auch zugänglich und fördern die Kommunikation zwischen den Nutzern. Wir wollen durch interaktive Zonen und ergänzende gastronomische Angebote wie Cafés die Attraktivität des Lern- und Erlebnisortes Bibliothek auch über die klassische Nutzung als Ausstellungs- und Veranstaltungsfläche hinaus erhalten und steigern. Um all dies zu gewährleisten, setzen wir Freie Demokraten uns für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein.

Neben der Ausleihe von Medien für die Nutzung zuhause spielt auch das Arbeiten in den Bibliotheken selbst eine wichtige Rolle. Die Nutzung diverser Medien vor Ort, die gesteigerte Konzentrationsfähigkeit durch das Arbeiten in einem Lesesaal und auch die technischen Einrichtungen wie z. B. Bildschirmarbeitsplätze, sind dabei besonders relevant. Der barrierefreie Zugang ist uns selbstverständlich. Wann immer möglich sollen die Bestände der Bezirksbibliotheken zudem digital rund um die Uhr zugänglich sein.

Auch in Zukunft setzen wir auf die dezentralen Stadtteilbibliotheken, die Wissen und Angebote direkt in die Kieze bringen. Diese sorgen für eine niedrighschwellige Nutzungsmöglichkeit vor Ort und sind eine gute Ergänzung zu den bestehenden Großbibliotheken im Bezirk und der Stadt. Die Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken wollen wir perspektivisch ausweiten, um noch mehr Menschen die Angebote verfügbar zu machen.

9.3 Kulturelles Angebot für alle

Straßen-, Kunst- und Trödelmärkte gehören nach Ansicht der Freien Demokraten ebenfalls zur bezirklichen Kultur. Sie sollten nicht durch unnötige behördliche Auflagen kaputt gemacht werden.

Straßenfeste und Musikdarbietungen im Freien gehören zur städtischen Lebensqualität und dürfen nicht durch formale Maßnahmen oder Regelungswut verboten werden. Die beiden bezirklichen Feste mit dem Tag des Ehrenamts und dem Fest der Vielfalt müssen dringend attraktiver gestaltet werden.

Neben Märkten und Festen wollen wir auch weitere Kulturangebote im öffentlichen Raum unterstützen. Dazu gehören beispielsweise Kunstspaziergänge, öffentliche Theater- oder Musikaufführungen sowie Ausstellungen außerhalb von Kunsteinrichtungen.

10 Kinder und Familien

Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Als familienfreundlicher Bezirk soll Charlottenburg-Wilmersdorf Leuchtturm für Generationenvielfalt, Diversität und unterschiedliche Lebensmodelle sein. Wir Freie Demokraten unterstützen Eltern und Kinder dabei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und ihre individuellen Bedürfnisse im Bezirk

verwirklichen zu können. Um den Start in ein neues Leben erfolgreich zu gestalten, Chancen zu schaffen und Familien gute Möglichkeiten zu eröffnen, die Balance zwischen Beruf und Familie zu finden, setzen wir auf folgende Maßnahmen.

10.1 Ausreichend Kita-Plätze schaffen

Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist Grundlage für die gute Entwicklung von Kindern ebenso wie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betriebe oder Elterninitiativen, die Kinderbetreuungsangebote auf die Beine stellen, sowie Tagesmütter und -väter, verdienen unsere Unterstützung. Die Bezirksverwaltung muss als Vorbild vorangehen.

Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder. Frühkindliche Bildung bildet die Grundlage dafür. Alle Kinder sollen den bestmöglichen Platz zur Förderung ihrer kognitiven, motorischen, sozialen, sprachlichen, musischen und mathematischen Fähigkeiten bereitgestellt bekommen. Dies gilt insbesondere auch für Kinder mit geistigen und körperlichen Einschränkungen. Barrierefreiheit und die bedarfsorientierte Ausstattung mit pädagogischem Fachpersonal in allen Kitas sind dafür Grundvoraussetzung.

Die Angebotszeiten von Betreuungseinrichtungen sollen sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren. Sie müssen daher sukzessive erweitert werden. Dazu gehören Notfallangebote über Nacht oder am Wochenende ebenso wie Angebote für Menschen, die Schichtarbeit leisten, also „24-Stunden-Kitas“.

Als Anlaufstelle für Eltern bei Problemen und Beschwerden im Zusammenhang mit Kitas, vorschulischer Förderung, Ganztagsbetreuung in Grundschulen, Jugendämtern oder Kitagutscheinstellen setzen wir uns für die Bildung einer unabhängigen Ombudsstelle ein. Diese soll schnell und konstruktiv zwischen den Beteiligten vermitteln und Eltern bei Bedarf beraten.

Die Angebotszeiten von Betreuungseinrichtungen sollen sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren. Sie müssen daher sukzessive erweitert werden. Dazu gehören Notfallangebote über Nacht oder am Wochenende ebenso wie 24-Stunden-Angebote für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten.

10.2 Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Als Innenstadtbezirk ist Charlottenburg-Wilmersdorf ganz besonders verpflichtet, den Kindern und Jugendlichen umfassende und attraktive Freizeitangebote bereitzustellen.

Die Spielplätze in Charlottenburg-Wilmersdorf müssen sicher und sauber sein. Viele Plätze warten aber schon zu lang auf eine Sanierung. Es ist nicht akzeptabel, wenn dieses Jahr für Jahr mit immer neuen Ausreden verschoben werden. Freiflächen der Schulen sind wertvolle Stadträume, die nicht nur während der Unterrichtszeit zur Verfügung stehen sollen. Für uns Freie Demokraten geht der Unterricht zwar vor, aber nach Schulschluss sollen diese Spiel- und Sportflächen nicht verschlossen und so der Nutzung entzogen werden.

Die Schwimmstätten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf befinden sich seit Jahren in einem desolaten Zustand. Marode Infrastruktur, eingeschränkte Öffnungszeiten und fehlende Investitionen gefährden nicht nur den Schul- und Vereinssport, sondern auch die Schwimmausbildung unserer Kinder. Wir setzen uns daher für eine konsequente Sanierung und Modernisierung der bestehenden Bäder ein. Unser Ziel ist es, bedarfsgerechte Wasserflächen zu sichern, Trainingskapazitäten auszubauen und die Schwimmstätten zu lebendigen, barrierefreien Orten der Begegnung und Gesundheitsförderung für alle Generationen zu entwickeln.

Die Jugendclubs im Bezirk sind wichtige Anlaufpunkte für das soziale Miteinander. Wo möglich, wollen wir die bestehenden Räumlichkeiten ausbauen. Des Weiteren sollen die Öffnungszeiten in die Abendstunden verlängert sowie die Wochenendöffnungen gefördert werden.

10.3 Kinder schützen, Eltern unterstützen

Es ist die Aufgabe der Verwaltung, Kinder und Jugendliche zu schützen und die Eltern bestmöglich zu unterstützen.

Um dies sicherzustellen, müssen Jugendämter und Ordnungsbehörden mit genügend Personal ausgestattet und in der Lage sein, effizient zu arbeiten. Dazu gehört, alle Leistungen unbürokratisch digital beantragen und bearbeiten zu können. Es ist nicht akzeptabel, wenn Eltern wochenlang auf Geburtsurkunden oder die Auszahlung von Elterngeld oder Unterhaltsvorschuss warten müssen.

Im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen werden wichtige Informationen über den Gesundheits- und Entwicklungsstand der Kinder gewonnen. Diese sind essentiell für die Kinder und Eltern, aber auch die öffentliche Gesundheit. Es ist inakzeptabel, wenn nicht alle Kinder eines Jahrgangs untersucht werden können, da der Verwaltung das Personal fehlt. Solche Situationen dürfen aus Sicht der Freien Demokraten nicht mehr vorkommen. Das bedeutet auch, das Gesundheitsamt technisch und personell noch besser auszustatten.

Menschen, die häusliche Gewalt erleben, müssen schnell und unkompliziert Hilfe erhalten. Wir setzen uns für Zentren der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt ein. Dort sollen alle Angebote für unter einem Dach gebündelt werden. Die ganze Familie bekommt psychologische und sozialpädagogische Betreuung. Die Präventionsarbeit ist dabei ein zentraler Bestandteil.

11 Soziales und Integration

Menschenwürde, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Recht auf Sicherheit und Unversehrtheit sind liberale Grundprinzipien. Diese gelten auch für Menschen, die keine Wohnung oder kein Obdach haben. Als Freie Demokraten gehen wir die hier bestehenden Probleme aktiv an, anstatt Lösungen auf die lange Bank zu schieben.

11.1 Niemanden allein lassen

Charlottenburg-Wilmersdorf hat ein gut ausgebautes Netz an sozialen Einrichtungen und ein breites Angebot für Wohnungs- und Obdachlose. Gleichzeitig ist der Anteil der Betroffenen bei uns jedoch besonders hoch. Dem Erhalt der Attraktivität des öffentlichen Raums und dem friedlichen Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger muss aber ebenso Rechnung getragen werden. Als Freie Demokraten stehen wir deshalb für geeignete Hilfsangebote, die auch Hilfe zur Selbsthilfe schaffen.

Ein besonderes Augenmerk muss aus unserer Sicht auf dem Bereich der Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit liegen. Menschen, die Unterstützung benötigen, sollen diese unkompliziert bekommen. Hierzu setzen wir auf mobile Ansprechpartner vor Ort, die von zentralen Kontaktstellen in der Bezirksverwaltung unterstützt werden. Diese Stellen sollen auch zur Koordination der vielen Bürgerinnen und Bürgern dienen, die sich ehrenamtlich engagieren und Unterstützungsstrukturen aufbauen, tragen und mitgestalten.

Das Bereitstellen von Wohnungen ohne überfordernde Voraussetzungen (Housing First) verbunden mit einer psychosozialen Begleitung wird von den Freien Demokraten als wichtiges Mittel zur Wiedererlangung von Selbstbestimmung ausdrücklich unterstützt. Es ist gleichwohl nur möglich, wenn genügend neuer Wohnraum geschaffen wird.

Die Angebote der Kältehilfe retten Leben. Für uns Freie Demokraten ist es daher nicht akzeptabel, dass Jahr für Jahr über die Bereitstellung der notwendigen Mittel erneut diskutiert werden muss. Wir setzen uns für eine sichere und verlässliche Bereitstellung der Angebote ein.

Drogensüchtige Menschen unterstützen wir durch Behandlungsprogramme dabei, mit Ihrer Krankheit umzugehen und im Idealfall zu einem weitestgehend normalen Leben zurückzufinden. Die seit Jahren durch die Verantwortlichen verschleppte Schaffung eines Drogenkonsumraums am Stuttgarter Platz muss endlich umgesetzt werden. Dieser ist ein Ort des Schutzes, der Hilfe und der Therapie. Nur so können für die suchtkranken Menschen effektive Hilfsangebote geschaffen werden. Wenn eine solche Institution am Stuttgarter Platz nicht zeitnah möglich sein sollte, müssen auch andere Orte im Bezirk geprüft werden. Dem Drogenhandel am Stuttgarter Platz und entlang der U7 treten wir entschieden entgegen.

11.2 Älter werden im Kiez

Die Möglichkeit, an allen Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Niemand darf wegen seines Alters diskriminiert werden. Damit insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen auch tatsächlich ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir hierfür aktiv die Voraussetzungen schaffen.

Barrieren sollen weder in den Köpfen noch in den Straßen bestehen. Jeder Mensch soll im Bezirk, wann immer möglich, ohne Barrieren unterwegs sein können. Fehlende oder kaputte Aufzüge und Rolltreppen in Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden dürfen nicht länger Alltag

sein. Die Ausweitung von Behindertenparkplätzen wollen wir weiter vorantreiben und deren Standorte über eine Online-Übersicht transparent darstellen.

Wenn ältere Menschen weiterhin in ihren eigenen Wohnungen und damit in ihrem Kiez bleiben wollen, müssen zudem Einkaufsmöglichkeiten für sie fußläufig erreichbar bleiben. Ortsnahe Versorgung ist unverzichtbar und für uns Freie Demokraten integraler Bestandteil eines lebenswerten Bezirks. Eine solche muss auch bei allen Neubauprojekten stets mitgedacht werden. Das Angebot von Sitzgelegenheiten und öffentlichen Toiletten wollen wir weiter ausbauen. Und auch der Anbau von Aufzügen bei Bestandsgebäuden muss unkompliziert möglich sein. Ziel muss es sein, dass Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können.

Die Wilmersdorfer Seniorenstiftung hatte in den letzten Jahren vielfach Probleme mit ihren Pflegeheimen. Es ist an der Zeit, die pflegerische Versorgung den freien und privaten Trägern zu überlassen, die schon heute das Gros des Angebots im Bezirk stellen. Die Stiftung muss sich aus Sicht der Freien Demokraten stattdessen zukünftig auf die Seniorenwohnungen und -clubs fokussieren und ihr dortiges Angebot ausbauen. So kann ein echter Mehrwert für die Seniorinnen und Senioren im Bezirk geschaffen werden. Die Seniorenvertretung wollen wir in ihren Rechten sowie finanziell stärken.

11.3 Integration leben

Charlottenburg-Wilmersdorf wird geprägt durch die kulturelle Vielfalt seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Alle Menschen sollen sich im Bezirk zu Hause fühlen, und zwar durch ein Miteinander, geprägt von gegenseitigem Respekt und Anerkennung. Es ist Aufgabe der Politik die Grundlagen für eine solche offene Gesellschaft zu schaffen.

Die langen Wartezeiten auf die Einbürgerung nach Vorliegen der Voraussetzungen wollen wir durch eine verbesserte Digitalisierung verkürzen.

Wer als Flüchtling oder Asylsuchender zu uns kommt, muss zügig und menschenwürdig untergebracht werden. Sammelunterkünfte müssen klaren Standards unterliegen und dürfen nur als Not- und Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet werden. Vulnerable Personen wie z. B. Schwangere und unbegleitete Kinder sollen nicht in gemischten Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, wenn dort kein geeigneter, geschützter Bereich zur Verfügung steht. Alternativ sind Unterbringungen in Einrichtungen der Jugendhilfe bzw. in speziellen Unterkünften für Frauen mit Kindern anzustreben. Auch diese Unterkünfte müssen von ausreichendem und fachlich qualifiziertem Personal betreut werden. Bei guter Bleibeprognose durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist mittelfristig eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen anzustreben.

Wir möchten geflüchteten Kindern gute Bildungs-, aber auch Integrationschancen geben. Kitas, Jugendclubs und Schulen spielen die Hauptrolle, um junge Geflüchtete von Anfang an

zu integrieren. Für diese Aufgabe brauchen sie zusätzliche Lehr- und Betreuungskräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher. Besonderes Augenmerk muss insbesondere die Sprachförderung haben.

Das Bezirksamt profitiert von mehr interkultureller Kompetenz. Die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund soll daher noch weiter verstärkt werden. Eine Quote ist dafür jedoch nicht notwendig. Wir werden zudem Trainingsangebote schaffen, die die interkulturelle Kompetenz der öffentlichen Verwaltung stärken. Durch diese Maßnahmen kann die öffentliche Verwaltung auch eine Vorbildfunktion bei der Integration übernehmen und als Leuchtturm für andere dienen.